



# Herbstsynode 2022

Updates von Kirche für morgen



# Klimaschutzgesetz beschlossen

Am Freitag hat die Landessynode das Klimaschutzgesetz beschlossen. Im Gesprächskreisvotum betonte Anja Faißt, dass das Gesetz "ein Zeichen dafür ist, dass Kirche handelt und nicht in Ohnmacht oder Ignoranz verfällt."

Gerade für junge Menschen sei das ein wichtiges Signal. Kirche für Morgen lege Wert darauf, dass Klimaschutz eine kirchliche Bewegung sei, die immer mehr Akzeptanz finde, so Anja Faißt. Dafür sei es wichtig, dass alle Menschen in unserer Landeskirche durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert

und mitgenommen würden. Als Christinnen und Christen seien wir ermutigt, unsere Lebensrealität wahrzunehmen und zu vertrauen auf die Gotteskraft, die uns befähigt verantwortlich zu handeln.

In der Aussprache ging es unter anderem um das Erreichen der CO<sub>2</sub>-Neutralität. Hier sprach sich Kirche für morgen mehrheitlich für das im Gesetz vorgeschlagene Ziel Klimaneutralität bis 2040 aus. Nachdem ein Änderungsantrag (bis 2035) kein Erfolg hatte, wurde das Gesetz einstimmig beschlossen.

## Aktuelle Stunde zu Sorgen und Ängsten

Die aktuelle Stunde, bei der immer ein Thema von den Gesprächskreisen selbst eingebracht wird, hatte dieses Mal den Titel "Armut, Inflation, Bürgergeld und Klimaschutz: Was lassen wir uns die Zukunft kosten?".

Hierbei wurden im Besonderen junge Menschen in den Blick genommen, die unter der unsicher wirkenden Zukunft oft besonders leiden.

So verwies Anja Faißt auf die Studie "Jugend in Deutschland", die die Sorgen und Ängste junger Menschen in den Blick nimmt. Auch für die Kirche sei es wichtig die Sorgen und Ängste junger Menschen ernst zu nehmen. „Wir

müssen den christlichen Glauben als Ressource aufzeigen“, sagte Faißt.

Britta Gall machte Mut, dass auch in der Pandemie Positives entstanden sei. Diese Krise könnte Menschen näher zusammenbringen, auch unterschiedlicher Prägungen, nach dem Motto #miteinanderwarmwerden.

Marion Blessing nahm die von Armut Betroffenen Menschen in den Blick. Gegen die Angst vor Armut und fehlender Teilhabe brauche es „finanzielle Hoffnungszeichen unserer Kirche“. Sie befürwortete, dass 5,2 Millionen Euro im Haushalt für den Energiefonds eingestellt werden sollen. „Betroffene Menschen brauchen Unterstützung.“

# Erprobung von multiprofessionellen Teams

Oberkirchenrat Kastrup gab bekannt, dass der durch Corona bedingte Einbruch der Kirchensteuermittel nicht so negativ und nachhaltig ausfällt wie seit vielen Jahren. Seit vielen Jahren setzen wir uns für eine Vielzahl von Entlastungsmodellen für Pfarrpersonen sowie für Erprobungsformen und Erprobungsräumen in den Kirchengemeinden ein.

Der Antrag für Erprobungen in Distriktgemeinden soll hier entsprechende Potentiale entfalten.

So soll die Zusammenarbeit von multiprofessionellen Teams in Distrikten und Einzelgemeinden erprobt werden, in denen z.B. Pfarrstellen

nicht besetzt werden. Diese Pfarrstellen könnten dann auch mit Berufsgruppen wie Diakonen besetzt werden. Hierbei soll von den Erfahrungen der Erprobungsräume der bayerischen Landeskirche sowie weiterer Gliedkirchen der EKD profitiert und auf diese aufgebaut werden.



# Verwaltungsreform macht Kirche fit für die Zukunft

Verwaltungsaufgaben werden immer komplexer. Zudem muss die Verwaltung modularer gestaltet werden, um für diese erhöhte Komplexität gut gewappnet zu sein. Hierbei hilft die Verwaltungsreform, die bei der Herbstsynode

verabschiedet wurde. In seinem Votum betonte Ralf Walter, dass es wichtig sei, unsere Mitarbeitenden gut mitzunehmen, ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen.

Unsere Hoffnung sei es, dass sowohl für Verwaltungsmitarbeitende als auch für Pfarrern und Pfarrer eine spürbare Entlastung beim „Daily Business“ eintrete, und dadurch Freiräume für das „Heavenly Business“ entstehe.







# Kosmetik statt Transformation bei der Schwerpunktsetzung

Weniger Mitglieder bedeutet weniger Kirchensteuer. In einem ausführlichen und intensiven Prozess macht sich die Landessynode deshalb zusammen mit dem Oberkirchenrat Gedanken über zukünftige Schwerpunktsetzungen. Neben dem PfarrPlan will die Landeskirche bis ins Jahr 2030 155 Stellen im Bereich der Angestellten und Beamten abbauen. Der Übernachtungsbetrieb im Haus Birkach wird bis zum Ende des Jahres 2023 eingestellt, die verschiedenen Bereiche der Erwachsenenbildung sollen neu konzipiert, Doppelstrukturen abgebaut und die Bildungsarbeit durch Synergieeffekte trotz Stellenreduzierungen gestärkt werden. Ausgebaut werden in den nächsten Jahren die Kooperationen mit der badischen Landeskirche. Im Gespräch sind zum Bsp. die Akademiearbeit, die Hochschulen für

Kirchenmusik oder die Zentrale Gehaltsabrechnungsstelle.

Kirche für morgen hält die angestoßenen Veränderungen für notwendig und unterstützt die gefassten Beschlüsse. Trotzdem mahnt Matthias Vosseler in der Aussprache an: „Wir werden mittelfristig um einen kompletten Systemwechsel in unserer Landeskirche nicht herumkommen. Wir müssen in unserem kirchlichen System eine Revolution denken und angehen, um wenigstens Transformationen zu erreichen. Bei all dem, was wir hier diskutieren: Wir sind immer noch im Bereich der Kosmetik, ein bisschen mehr Wimperntusche, ein paar graue Haare ausreißen oder etwas Botox spritzen, zwei Kilo Fett absaugen. Langfristig wird das aus meiner Sicht nicht mehr möglich sein.“

# Weniger Pfarrstellen sollen gekürzt werden

Ein weiterer Antrag von Kirche für morgen war die Erhöhung der vorliegenden Zielzahl für 2030 von geplanten 1036 Pfarrstellen (im Gemeinde- und Sonderpfarrdienst) auf 1100. Dies bedeutet rechnerisch rund zwei Pfarrstellen pro Kirchenbezirk weniger zu kürzen als ursprünglich vorgesehen.

Die 64 zusätzlichen Stellen sollen unter anderem über alternative Zugänge zum Pfarrdienst

ermöglicht werden – auch für Studierende nicht universitärer, aber dennoch staatlich anerkannter Hochschulen. Privatrechtlichen Anstellungsformen sollen ebenfalls erprobt werden und zu einer Vielfalt beitragen.

Damit gelang es Kirche für morgen endlich, die notwendige Öffnung zu alternativen Zugängen in den Pfarrdienst zu ermöglichen.

# Stabile Finanzen - doch die fetten Jahre sind vorbei



Am Samstag standen die Haushaltsberatungen auf dem Programm. Für 2022 wurde mit Kirchensteuereinnahmen in Höhe von 800 Mio € gerechnet und dieses Ziel wird auch erreicht werden. In diesen stabilen Einnahmen schlägt sich die hohe Inflation nieder, was auf der Ausgabenseite allerdings auch zu steigenden Personalkosten führt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von Einsparungen, die

wir im Pfarrplan 2030 und in der Personalstrukturplanung 2030 deutlich abbilden.

Kirche für morgen steht bei diesen trüben Aussichten für Hoffnung und für mutige Spielräume und neue Formen von Kirche. Tobi Wörner sagte in seinem Votum: „In einer Übergangsphase gilt es, das früher Gewachsene großzügig zu beschneiden und gleichzeitig großzügig Neues zu säen und zu probieren. Im großen Wandel des kirchlichen Gartens braucht es Abschied, Neubeginn und vor allem Bewässerung für frische, ungewohnte Setzlinge.“